

"Schwerwiegende Bedenken" zum Uni-Gesetz

Das Kollegium der Montanuniversität Leoben bekennt sich in einer Stellungnahme zum Entwurf des Universitätsgesetzes 2002 zwar zum Reformprozess, äußert aber auch "schwerwiegende Bedenken".

In einer Stellungnahme des Universitätskollegiums, dem obersten Entscheidungsgremium der Leobener Uni, spricht sich die Montanuniversität grundsätzlich für den universitären Reformprozess aus, denn die Montanuni habe, so wörtlich in der Stellungnahme, "stets ihre Reformbereitschaft und den Willen zu einer offensiven zukunftsgerichteten universitären Strategie" bewiesen. Diese positive Grundhaltung erfordere dennoch eine "differenzierte Auseinandersetzung" mit dem zukünftigen Universitätsrecht.

Schwerwiegende Bedenken äußert das Kollegium bei der Zuteilung der Globalbudgets. Schon die Kürzung um 6 % kann z. B. bei einem nicht rechtzeitigen Abschluss der Leistungsvereinbarung "zu einer fatalen Entwicklung für kleine Universitäten" führen. Damit könnten "Investitionsvorhaben für die Zukunft nahezu verhindert" und der "Fortbestand der Universität mittelfristig ernstlich gefährdet" werden. Strategische Schwerpunktsetzungen sollten daher bereits in der ersten Drei-Jahres-Periode der Globalbudgets durch zusätzlich Ressourcen berücksichtigt werden.

Auch der Besetzungsmodus für den Universitätsrat entspreche "nicht dem Konzept eines inneruniversitären Organs, es ist wenigstens ein Vorschlagsrecht der Universitäten hinsichtlich des fünften Mitgliedes zu fordern". Zudem lasse die Tatsache, "dass der Rektor vom Universitätsrat auch ohne Begründung abberufen werden kann, eine fehlende Balance zwischen diesen beiden Organen befürchten".

Die studienrechtlichen Regelungen widersprechen, so das Leobener Kollegium, "der Grundidee einer Deregulierung, da engere Vorgaben als im jetzigen Studiengesetz gemacht würden". Die Vorgabe eines Bachelor-Studiums mit 6 Semestern würde es nicht erlauben, "eine von der Industrie angenommene Ausbildung durchzuführen. Es sei nicht einsichtig, "warum das Gesetz hier nicht wie bisher einen Rahmen der Ausbildungsdauer vorgibt".

Leobener Studiendekan sieht Gefährdung der Kooperation mit US-Unis

Ähnlich argumentiert auch der Studiendekan der Montanuni, Prof. Dr. Wilfried Imrich, in einer Stellungnahme: "An der Montanuniversität werden dadurch geplante und bestehende Kooperationen mit Universitäten aus den USA gefährdet, da an diesen Partneruniversitäten zur Erlangung des Bakkalaureates 7 bis 8 Semester vorgeschrieben sind." Problematisch sei auch die geplante Abschaffung des "Diplom-Ingenieurs". Dieser akademische Grad "genießt im deutschsprachigen Raum und international höchstes Ansehen".

Der Leobener Universitätsbeirat unter seinem Vorsitzenden Dr. Hellmuth Longin hat sich ähnlich wie das Kollegium zu den Themen Globalbudget, Universitätsrat und Studienrecht geäußert. Bei Berufungsverfahren für Professoren spricht sich der Uni-Beirat für zwei interne und zwei externe Gutachter - entgegen der im Gesetzesentwurf vorgesehenen 1:3-Zusammensetzung - aus.